

27. AUG. 2015

Postgasse 68
3000 Bern 8
www.rr.be.ch
info.regierungsrat@sta.be.ch

Herr Bundesrat
Johann N. Schneider-Ammann
Eidgenössisches Departement für
Wirtschaft, Bildung und Forschung
Bundeshaus Ost
3003 Bern

26. August 2015

RRB-Nr.:	1000/2015
Direktion	Volkswirtschaftsdirektion
Unser Zeichen	--
Ihr Zeichen	--
Klassifizierung	Nicht klassifiziert



Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG), Vernehmlassungsverfahren. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum neuen Bundesgesetz über die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse-Gesetz, SAFIG). Der Regierungsrat des Kantons Bern nimmt dazu wie folgt Stellung:

1 Grundsätzliches

Der Regierungsrat ist mit dem vorliegenden Entwurf für das SAFIG grundsätzlich einverstanden und unterstützt diese Vorlage. In Anbetracht der Herausforderungen, denen sich Unternehmen angesichts des starken Frankens und des technologischen Wandels stellen müssen, werden Innovationen noch wichtiger für die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft. Unternehmen und insbesondere die in der Schweiz und im Kanton Bern stark vertretenen technologieorientierten KMU haben oft nur beschränkte Ressourcen für anwendungsorientierte Forschung und Entwicklung. Sie sind darauf angewiesen, Innovationsprojekte zusammen mit Hochschulen entwickeln und umsetzen zu können. Eine kompetente, leistungsfähige Förderstelle für wissenschaftsbasierte Innovationen, die transparent und effizient die Förderinstrumente einsetzt, spielt dabei eine wichtige Rolle. Wir begrüßen die Schaffung der Schweizerischen Agentur für Innovationsförderung und versprechen uns positive Auswirkungen auf die wissenschaftsbasierte Innovation und die Innovationszusammenarbeit der Fachhochschulen mit Wirtschaftspartnern.

Innosuisse wird das zentrale Förderorgan für die angewandte, wirtschaftsorientierte Forschung und Entwicklung der Fachhochschulen sein und soll die Fachhochschulen und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Volkswirtschaft als Gesamtheit stärken.

Wir unterstützen ebenfalls die Anpassungen im Bundesgesetz über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG). Der neue Artikel 22 FIFG schliesst eine wichtige Lücke in der Nachwuchsförderung. Das schweizerische Innovationssystem braucht dieses Förderinstrument als Ergänzung zu den forschungsorientierten, auf Doktorat und Postdoktorat ausgerichteten Instrumenten der Personalförderung des Schweizerischen Nationalfonds (SNF). Wie wichtig die Thematik der Förderung des eigenen Nachwuchses an den Fachhochschulen ist, wurde erkannt und wird nun breit diskutiert, unter anderem im Hinblick auf die Entwicklung eines eigenen „dritten Zyklus“, der sich klar vom universitären Doktorat unterscheidet und die Verbindung mit der Anwendungspraxis betont.

Die nachfolgenden Bemerkungen und Anträge vorbehalten, kann das SAFIG auf kantonaler Ebene ohne weiteres umgesetzt werden.

2 Anträge

2.1 zu Artikel 1: Agentur

Der SNF ist eine Stiftung, hingegen soll die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung als öffentlich-rechtliche Anstalt ausgestaltet werden. Grundsätzlich können wir die Gründe für die Wahl der öffentlich-rechtlichen Anstalt nachvollziehen. Aus dem erläuternden Bericht geht aber nicht hervor, weshalb von der Rechtsform der Stiftung abgesehen wird, obwohl der Bundesrat den Auftrag erteilte, die „Annäherung der rechtlichen Ausgestaltung“ der heutigen KTI an den SNF vertieft zu prüfen“. Im erläuternden Bericht ist deshalb darzulegen, weshalb der Form der öffentlich-rechtlichen Anstalt gegenüber einer Stiftung der Vorzug gegeben wird.

2.2 zu Artikel 6: Verwaltungsrat

2.2.1 Absatz 1

Der Verwaltungsrat soll aus 5 bis 7 in Belangen der Innovationsförderung fachkundigen Personen bestehen. Gemäss dem erläuternden Bericht ist eine angemessene Vertretung der Geschlechter und der Landessprachen vorgesehen. Zusätzlich ist im Gesetz oder zumindest im erläuternden Bericht zu präzisieren, dass die Mitglieder auch die verschiedenen Disziplinen und Institutionen angemessen repräsentieren sollen.

2.2.2 Absatz 5

Der Satz „Der Vertrag mit der Agentur untersteht dem öffentlichen Recht“ ist zu präzisieren. Aus der Formulierung ist nicht ersichtlich, ob der Vertrag zwischen dem Bundesrat und den einzelnen Verwaltungsratsmitgliedern gemeint ist. Deshalb sind aus Gründen der Klarheit und Rechtssicherheit die Vertragsparteien zu nennen.

2.2.3 Absatz 6

Wir erachten es als problematisch, dass der Verwaltungsrat selber die Abberufung eines seiner Mitglieder beantragen muss, falls eine Interessenbindung nicht vereinbar mit dem Mandat ist und das Mitglied trotzdem daran festhält. Es sollte dem Bundesrat als Wahlbehörde jederzeit möglich sein, die Interessenbindungen des Verwaltungsrates zu überwachen und allenfalls eine Abberufung von Amtes wegen in die Wege zu leiten. Wir beantragen, Absatz 6 ent-

sprechend zu ergänzen oder im Bericht zu erläutern, dass dieser Fall durch Absatz 2 (Abberufung durch den Bundesrat aus wichtigen Gründen) abgedeckt ist.

2.3 zu Artikel 8: Innovationsrat

2.3.1 Absatz 2

Unserer Ansicht nach ist für Mitglieder des Innovationsrats nicht nur eine Höchstgrenze (maximal 25 Mitglieder), sondern auch eine Mindestanzahl vorzusehen. So besteht auch eine gewisse Verlässlichkeit über die Grösse und die Repräsentativität dieses Gremiums.

2.3.2 Absatz 3

Gemäss dem erläuternden Bericht ist für den Innovationsrat eine angemessene Vertretung der Geschlechter und der Landessprachen vorgesehen. Im Gesetz oder zumindest im erläuternden Bericht ist wiederum zu präzisieren, dass die Mitglieder die verschiedenen Disziplinen und Institutionen angemessen repräsentieren sollen.

2.4 zu Artikel 14: Drittmittel

Im erläuternden Bericht wird zu Recht darauf hingewiesen, dass die Entgegennahme von Drittmitteln nicht zu einer Einschränkung der Unabhängigkeit der Innosuisse bei der Erfüllung ihrer Aufgaben führen darf. Deshalb ist im Gesetz vorzusehen, dass der Verwaltungsrat Vorschriften nicht nur über die Verwaltung, sondern auch über die Entgegennahme und Beschaffung von Drittmitteln erlässt. Wir beantragen eine entsprechende Ergänzung in Absatz 3.

2.5 zu Artikel 23: Strategische Ziele

2.5.1 Absatz 1

Gemäss dem erläuternden Bericht soll der Bundesrat im Rahmen der Festlegung der strategischen Ziele unternehmens- und aufgabenbezogene Vorgaben machen können. Wir bitten Sie darzulegen, welche konkreten Vorgaben damit gemeint sind und inwiefern die Autonomie der Innosuisse dennoch sichergestellt ist (vgl. dazu auch Art. 1 Abs. 3 und Art. 24 Abs. 1).

2.5.2 Absatz 2

Vorgesehen ist, dass der Bundesrat die Maximalgrenze für die Verwaltungskosten festlegt. Im erläuternden Bericht werden die Verwaltungskosten nicht weiter kommentiert. Unserer Ansicht nach sind ergänzende Informationen wünschbar. Zudem wäre es von Interesse zu erfahren, welche Massnahmen ergriffen werden können, falls die Maximalgrenze für die Verwaltungskosten überschritten wird.

2.6 zu Artikel 28: Übergang der Arbeitsverhältnisse

In Absatz 1, der den Übergang der Arbeitsverhältnisse regelt, wird ein Vorbehalt betreffend die Ernennung der Direktorin oder des Direktors gemacht. Wir bitten Sie zu erläutern, was mit diesem Vorbehalt genau gemeint ist.

2.7 zu Änderungen anderer Erlasse

2.7.1 Hochschulförderungs- und -Koordinationsgesetz (HFKG), Artikel 13 Buchstabe g

Anstelle des Präsidiums der KTI soll neu eine Vertretung der Innosuisse mit beratender Stimme an den Sitzungen der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) teilnehmen. Unseres

Erachtens ist (wie bisher für die KTI) zu präzisieren, wer die Innosuisse vertritt. Das Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG) legt beispielsweise für den ETH-Rat und den SNF fest, wer diese Gremien in der SHK vertritt. In Analogie dazu, aber auch aus inhaltlichen Gründen, schlagen wir vor, Art. 13 Bst. g HFKG wie folgt zu formulieren: „die Präsidentin oder der Präsident des Innovationsrates von Innosuisse“.

**2.7.2 Bundesgesetz über die Förderung von Forschung und Innovation (FIFG),
Artikel 16 Absatz 3 / Artikel 17 Absatz 6**

Aus unserer Sicht ist die Berechtigung von bundesverwaltungsinternen Institutionen der Ressortforschung und von bundeseigenen Forschungsanstalten, sich um Beiträge der Innosuisse zu bewerben und solche zu erhalten, kritisch zu hinterfragen.

Der Regierungsrat dankt Ihnen für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse


Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident



Hans-Jürg Käser

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Erziehungsdirektion